

tageszeitung (taz)

Die *taz* bereichert die Debatte um eine eigenständige Positionierung, indem sie sich für eine Verallgemeinerung des Witten-Herdecke-Modells stark macht. Zentraler Gedanke dabei ist: Statt sich gegen Studiengebühren zu wehren, sollten die Studierenden und ihre Vertretungen die Sache selbst in die Hand nehmen. Damit ließe sich das denkbar größte Bollwerk gegen zweckentfremdete Nutzung der Einnahmen und eine Sicherung gegen Kürzungen der Hochschulhaushalte errichten. Zudem erhielten die Studierenden und ihre Vertretungen dadurch endlich wieder eine Machtposition an den Hochschulen. Es eröffne sich „eine historische Chance, die es zu ergreifen gilt“:

„Jahrelang haben sich die Studentenvertreter in ihren Asta-Trutzburgen verschanzt. Oder sich in viel beklatschten Anti-Gebühren-Demos verkämpft – die am Tag danach niemanden mehr interessierten. Aber jetzt könnten die Studenten endlich einmal selbst die Regeln bestimmen. Sie sollten Ja zu Studiengebühren sagen – unter einer nicht verhandelbaren Prämisse. Dass sie, die Studierenden, alle Macht über sie bekommen. Meint: Die Studierenden erheben die Studiengebühren, sie kontrollieren sie – und setzen sie gezielt für die Verbesserung der Universitäten ein.

Klingt utopisch? Ein Modell für die studentische Gebührenregie gibt es bereits. Es entstand am Küchentisch einer Studenten-WG in Witten in Nordrhein-Westfalen und rettete der dortigen privaten Uni das Leben. Die Elemente des Modells: Das Geld wird erst nach dem Studium fällig. Eine ‚StudierendenGesellschaft‘ nimmt es ein – um es dann in die Hochschule zu kanalisieren. Eine ähnliche Konstruktion wäre auch bei staatlichen Universitäten denkbar, meint nicht nur der ehemalige Präsident der Rektorenkonferenz, Klaus Landfried. Studiengebühren sollten, so sagt er, ‚nicht an den Staat fließen, sondern am besten an einen Trägerverein der Absolventen und Studenten. Die Studierenden könnten dann dafür sorgen, dass die von ihnen erhobenen Beiträge wieder zu ihrem Nutzen in die Unis zurückfließen.‘“ (Füller 2004)

4.4. Banken

Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Die KfW erarbeitet derzeit ein flächendeckendes Studienkreditangebot und will es möglichst zum Wintersemester 2005/2006 auf den Markt bringen:

„Ziel der KfW ist ein bundesweites Kreditangebot an alle Studierenden, unabhängig von Studienfach, Einkommen und Vermögen der Eltern oder vorhandenen Sicherheiten. Studierende sollen so ihren Lebensunterhalt bestreiten und sich voll aufs Studium konzentrieren können. Die KfW will den Studienkredit unabhängig von der Einführung von Studiengebühren anbieten. Das Produkt soll so konzipiert sein, dass die Rückzahlungen einkommensabhängig und Belastungen vertretbar sind. Zusätzlich will die KfW eine mögliche soziale Flankierung für Härtefälle sowie Anreize für überdurchschnittliche Studienleistungen integrieren.“ (kfw Bankengruppe 2005)

Das elternunabhängige Darlehensmodell soll in Höhe von 650,- € liegen und Anreize für überdurchschnittliche Studienleistungen enthalten. Dabei handelt es sich in erster Linie um ein Finan-

zierungsmodell für den Studienunterhalt und nur sekundär um eine Finanzierung der Studiengebühren.

Insgesamt soll sich der KfW-Studienkredit, so KfW-Chef Reich, von privaten Angeboten wie etwa den Sparkassen folgendermaßen unterscheiden: „Was unser Angebot von allen anderen unterscheiden wird, ist, dass wir Studienkredite für jeden Studenten und überall in Deutschland anbieten werden. Andere Angebote haben immer eine spezifische Ausrichtung auf fokussierte Gruppen.“²¹

Career Concept/Sparkasse Leipzig

Das Finanzdienstleistungsunternehmen Career Concept will gemeinsam mit der Sparkasse Leipzig einen Bildungsfond einrichten, der ausgewählten HochschulInnen für ihre Studienfinanzierung zur Verfügung stehen soll. Dafür sollen 10 Millionen Euro von Privatanlegern eingesammelt werden. Damit soll es möglich werden, den „besten Studenten ihre studienbezogenen Kosten (Lebensunterhalt, Studiengebühren, Einmalaufwendungen etc.) zu finanzieren“.²²

„Private Anleger investieren in den Fonds. Der Fonds wiederum unterstützt mit dem über die Sparkassen eingesammelten Geld Studenten, die eine monatliche Förderung von bis zu 1 000 Euro erhalten. Zusätzlich können für Auslandsaufenthalte, die Promotion oder ein MBA-Studium einmalig bis zu 40 000 Euro ausbezahlt werden. Im Unterschied zu der KfW sucht Career Concept die Studenten allerdings in einem mehrstufigen Auswahlverfahren aus. ... Nach dem Abschluss müssen die Studenten über einen vorher festgelegten Zeitraum (zwischen drei und zehn Jahren) einen ebenfalls festgesetzten Prozentsatz (maximal acht Prozent) ihres Bruttoeinkommens an den Fonds abtreten ... Diese Einnahmen werden dann an die privaten Investoren ausgeschüttet. Die Berufschancen der geförderten Studenten entscheiden somit über die spätere Rendite der Anleger. Hohe Studienabbrecherquoten oder spätere Ausfälle bei den Rückzahlungen kann sich der private Anbieter im Gegensatz zur staatseigenen KfW nicht leisten.“²³

4.5. Politikberatung

Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)

Unter der Überschrift „Studiengebühren als Option für autonome Hochschulen“ wurde im Oktober 2001 gemeinsam mit der HRK ein Papier veröffentlicht, das konkrete Eckpunkte einer Modellgestaltung für die Einführung allgemeiner Studiengebühren enthält.²⁴ Die Vorschläge lassen sich wie folgt zusammenfassen:

²¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) vom 22.3.2005, Nr. 68, S. 11.

²² Sparkasse Leipzig (2005); vgl. auch *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. März 2005, S. 11.

²³ *Handelsblatt* vom 11.4.2005, URL

<http://www.handelsblatt.de/pshb/fn/reihbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200014,203299,882836/SH/0/depot/0/> [Zugriff 4.5.2005].

²⁴ CHE/HRK (2001); vgl. auch das ältere Modell in CHE/Stifterverband (1999).